

Geschäftsführerin Hannah FreudensteinElisabethstr. 9
35037 Marburg

Fon: 06421-163873

Fax: 06421-175618

info@die-linke-marburg.de

Marburg, den 13. Juni 2022

Bericht aus der Marburger Stadtverordnetenversammlung (StVV) vom 20. Mai 2022**Anlageprojekt für 450 Millionen Euro – Koalition im Rückwärtsgang beim Nulltarif ÖPNV? – Sorgenkind privatisiertes UKGM: drei Dringlichkeitsanträge**

Die Sitzung des Stadtparlaments am 20. Mai konzentrierte sich auf die Geld-verteilungsfrage: Wie mit Forderungen nach mehr Geld umgehen, wie mit eigentlich bereits geplanten Ausgaben doch noch anders umgehen, wie liquide Mittel günstig anlegen?

Dringlichkeiten und das UKGM

Gleich drei Dringlichkeitsanträge standen auf der Tagesordnung zur Ankündigung der Rhön-AG, die Absichtserklärung zum UKGM mit dem Land Hessen aus dem Jahr 2017 zu kündigen. Jan Schalauske erläuterte den Dringlichkeitsantrag der Marburger Linken: „Das Gezerre um die Absichtserklärung zeigt erneut, welch schwerwiegender Fehler die Privatisierung unseres Uniklinikums durch eine CDU-geführte Landesregierung gewesen ist. Mit einer Petition fordern mehr als 18.000 Menschen die Rückführung des UKGM in öffentliches Eigentum. Die Rückführung würde nicht nur verhindern, dass das Klinikum weiter Spielball der Finanzmärkte bleibt, sondern wäre auch eine wichtige Voraussetzung, um die Gesundheitsversorgung in der Region zu verbessern“, so Schalauske. Eingehend auf Christian Schmidt (Grüne) und dessen Schreckensbild einer Enteignung, erinnerte Jan Schalauske nochmals, dass eine Vergesellschaftung gut möglich sei und verwies hierzu auf das Rechtsgutachten, das im Auftrag von ver.di, der Rosa-Luxemburg-Stiftung und der LINKEN erarbeitet wurde. Der Dringlichkeitsantrag wurde ebenso wie der der CDU/FDP-Fraktion abgelehnt. Insgesamt ist es bedauerlich, dass es diesmal nicht möglich war, zu einem derart relevant Themen fraktionsübergreifend aufzutreten.

CDU/FDP forderte in einem weiteren erfolglosen Dringlichkeitsantrag, dass „Versuche, die Beteiligten der Prozesse bei MoVe35 mundtot zu machen, ... unterlassen“ werden sollen.

Was tun mit den 450 Millionen?

Die erste Aussprache des Abends erfolgte zum Antrag „Anlage nicht benötigter liquider Mittel“, hinter dem sich die Frage versteckt, wie mit den diesjährigen besonders hohen Steuereinnahmen durch die Firma BionTech umzugehen sei. Der Magistrat legte einen Vorschlag vor, wie überschüssige Finanzmittel, die nach Auffassung der Koalition zurzeit nicht ausgegeben werden können, in einem Masterfonds angelegt werden sollen. Grundlage dieses Fonds sind die Richtlinien des hessischen Innenministeriums sowie die Anlagerichtlinien der Stadt Marburg. Laut Magistratsvorlage soll das Ziel sein: Sicherung des Kapitalstocks, Sicherheit des wirtschaftlichen Erfolgs, Angemessenheit des Ertrags und Nachhaltigkeit der Geldanlagen. Darüber hinaus seien die angelegten Mittel immer verfügbar. Im Finanzausschuss war bereits klar geworden, dass die Kosten für Verwaltung des Fonds in etwa identisch sind mit den zurzeit üblichen Negativzinsen. Traditionelle Anlagemodelle, etwa in Zusammenarbeit mit der Sparkasse, seien nach der Auffassung des Magistrats in der genannten Größenordnung schlecht praktikabel. In der Debatte merkte Anja Kerstin Meier-Lercher für die Marburger Linke kritisch an, dass aktuell die Negativzinsen zurückgefahr-

ren werden. Als ein gewichtiges Argument führte sie weiter an, dass durch Corona-Krise und die Auswirkungen des Angriffskriegs auf die Ukraine die Lebenshaltungskosten drastisch gestiegen seien, dass viele Familien in soziale Not gerieten und somit hohe finanzielle Mittel bereits jetzt dringend benötigt werden. Die Marburger Linke enthielt sich bei der Abstimmung.

Koalition im Rückwärtsgang beim Nulltarif im ÖPNV?

Hoch her ging es bei der Debatte um den Antrag des fraktionslosen Stadtverordneten Dietmar Göttling, der unter anderem die Einführung des Nulltarifs für Stadtpassinhaber*innen und die probeweise Einführung des Nulltarifs an Wochenenden forderte. Hier griff er Herzensanliegen der Marburger Linken auf. Im Januar 2021 hatte die Stadtverordnetenversammlung den kostenlosen am Wochenende auf Bestreben der Marburger Linke zudem bereits beschlossen – z.T. mit Zustimmung der CDU. Im Dezember des gleichen Jahres wurde der Haushalt 2022 mit den Vorschlägen der damaligen Koalition unter Einschluss der Marburger Linken verabschiedet: 2022 sollen 600.000 Euro bereitgestellt für die versuchsweise Einführung des Nulltarifs an Wochenenden, außerdem 900.000 Euro für die „Einführung des ÖPNV-Nulltarifs für Stadtpassinhaber*innen durch Erhöhung des Zuschusses für Monatskarten auf 100 Prozent“.

Diese Fakten musste Renate Bastian noch einmal exakt auf den Tisch legen. Denn die Restkoalition – ohne Marburger Linke – wollte in einem Änderungsantrag nichts mehr von den eigenen Beschlüssen wissen. Neue Entwürfe sollen nun her, „so zügig wie möglich“. Die längst widerlegte Behauptung, Vergünstigungen im Stadtpass könnte Leistungsbeziehenden (etwa auf Hartz IV) angerechnet werden, wurde wieder aus der Mottenkiste geholt. Das ist ein jammervoller Rückschritt. Gerade angesichts der aktuellen Steigerungen der Lebenshaltungskosten hätte hier für finanziell schlechter Gestellte ein sozialer Ausgleich geschaffen werden können, der gleichermaßen ökologisch sinnvoll ist. Und "wenn selbst die Schwaben es schaffen, in Tübingen einen ‚kostenlosen‘ ÖPNV am Samstag anzubieten", muss es sich rechnen und ist es unverständlich, dass Marburg dem immer noch nachsteht, ergänzt Tanja Bauder-Wöhr.

Soziale Absicherung und soziale Hilfe

Der Antrag der Marburger Linke die Anhebung der finanziellen Mittel und personellen Kapazitäten die Sozial- und Schuldnerberatung betreffend wurde von den anderen Fraktionen im Ausschuss massiv umgearbeitet und in einen Prüfantrag verwandelt. Tanja Bauder-Wöhr und Miguel Sánchez fragen für die Marburger Linke erschüttert, wie man nicht sehen könne, dass das nicht ausreiche, dass es mit den Folgen der Pandemie und den allgemein gestiegenen Lebenshaltungskosten jetzt schon nicht ausreicht, wozu bereits Untersuchungen vorliegen, sodass eine erneute Überprüfung lächerlich sei und vor allem die dringend notwendige Hilfe obstruiert. Daneben gar noch wie OB Spies auf die Idee zu kommen, "eine Saalwette a là „Wetten, dass...!“ auszurufen, um am Abend der Eröffnungsfeier Marburg800 800 Euro für die Marburger Tafel an Spenden zu generieren, ist für Tanja Bauder-Wöhr "blanker Hohn". Dieser Verzögerung und dieser Häme stellt sich die Marburger Linke entgegen und lehnt den Antrag in dieser Form ab.

Abstimmungen

Weiterhin wurde der Antrag der Marburger Linken zur Hundesteuer umfangreich geändert und in einen Prüfantrag verwandelt, sodass nur die Enthaltung möglich war. Dem Antrag des Kinder- und Jugendparlaments bezüglich Umbenennung öffentlicher Räume für die Sichtbarmachung von Kinder- und Jugendrechten sowie dem Antrag des Ausländerbeirats bezüglich bedarfsgerechtem Ausbau von Ganztagsplätzen in Kindertagesstätten gibt die Marburger Stadtverordnetenversammlung, letzterem in geänderter Fassung, einstimmig statt. Ohne Debatte wurden Lärmschutzverbesserungen entlang der B3a und die bessere Reinhaltung des Biegenecks beschlossen.

Freundliche Grüße von der Fraktion Marburger Linke

Renate Bastian, Tanja Bauder-Wöhr, Roland Böhm, Anja Kerstin Lercher-Meier, Miguel Sanchez, Jan Schalauske, Inge Sturm